Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 10 (1942-1943)
Heft: 10

Artikel: Zurück zu Wilson? : Zwei demokratische Nachkriegsvisionen
Autor: Bondy, François
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759916

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zurück zu Wilson?

Zwei demokratische Nachkriegsvisionen

Von François Bondy

I

Kriegsmacher und Friedensmacher

Haben Ideen, Pläne, Vorstellungen einen Einfluss? Richtet sich je die Wirklichkeit von morgen nach den Wünschen von heute? Der Grundton von Skepsis, der die meisten Berichte über Nachkriegspläne durchzieht, ist begreiflich. Selbst vorausgesetzt, dass die Mächte, die heute planen, die gleichen sind, die morgen ausführen — werden sie innerlich noch die gleichen sein, und werden sie unvorhergesehener Ereignisse eben so Herr werden können, wie eines bekannten eindeutigen Gegners?

Winston Churchill schrieb in ‚My early life': ‚Die Männer, die einen Krieg gewinnen, verstehen es selten, einen guten Frieden zu schaffen, und jene, die einen guten Frieden schaffen könnten, hätten niemals den Krieg gewonnen.'

William Rappard hat in seinem Werk ‚The quest for peace' Harvard 1940, das für die Problemstellung in Amerika wesentlich, in der Schweiz aber kaum bekannt ist, nachzuweisen gesucht, welches Glück es für die Welt war, dass die Vereinigten Staaten schon gesiegt hatten, bevor noch der Politiker der internationalen Ordnung durch den absoluten Kriegspolitiker verdrängt wurde, wie das in Frankreich und England mit Lloyd George und Clémenceau geschehen war. Oder vielmehr, welches Glück es hätte sein können, wenn nicht das amerikanische Volk Wilson im Stich gelassen und damit dem Friedenswerk den ersten schweren Schlag versetzt hätte.

Aber auch der wohlmeinendste Friedensplaner kann in bester Absicht fehlgehn. Wir wissen heute, dass kein Aspekt des letzten Friedens verhängnisvoller gewesen ist als die Balkanisierung Mitteleuropas durch den Zerfall von Oesterreich-Ungarn. Dieser Zerfall wurde von keinem Staatsmann der drei westlichen Demokratien gewollt oder geplant. Im „Bericht des amerikanischen Untersuchungsausschusses" an Präsident Wilson vom Januar 1917, gezeichnet von S. E. Mezes, David Hunter Miller und Walter Lippmann und von Wilson bei der Formulierung seiner vierzehn Punkte verwendet, heisst es über Oesterreich-Ungarn:

„Unsere Politik muss darin bestehen, die nationalistische Unzufriedenheit aufzustacheln, darnach aber in der Ablehnung, die äusserste Konsequenz aus dieser Unzufriedenheit zu ziehen, die die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns bedeuten würde."

Der Glaube, der aus diesen Worten spricht, dass gewisse Kräfte der Nationen bis zu einem genau festgesetzten Punkte gefördert und dann wunschgemäss gebremst werden könnten, hat sich offensichtlich als naiv erwiesen. Anlässlich Osteuropas enthält der gleiche Bericht eine ebenfalls sehr typische und wiederum aktuelle Fehlprognose:

„Wir sind der festen Ueberzeugung, dass letzten Endes wirtschaftliche Erwägungen auf dem Balkan nationalistische Bestrebungen aufwiegen werden, und dass ein Abkommen, das wirtschaftliche Prosperität verbürgt, am meisten Aussicht hat, zu dauern."

Engländer und Amerikaner kennen keine ähnlich verwickelten nationalen Probleme wie Ost- und Südosteuropa mit seinen jahrhundertealten Traditionen, Leidenschaften und Ressentiments. Was sich hier abspielte, dünkte sie meist „unvernünftig". Nur dass hier keine „Vernunft" zureicht, es sei denn die geschichtliche, die diese „Unvernunft" in ihrer Logik und Entwicklung begreift. Wunschdenken und unhistorischer Rationalismus, wozu das reine Wirtschaftsdenken gehört, haben also die Fähigkeit, den Nachkrieg richtig vorauszusehen, erheblich beeinträchtigt. Auch heute bestehen beide Gefahren. Das Denken in Räumen und Kontinenten erzeugt Illusionen, denn es ist quantitatives Denken, und man hat es nicht mit leeren geometrischen Räumen zu tun, sondern mit Räumen, in denen Menschen zu leben versuchen, Menschen aus Fleisch, Geist und Geschichte, die handeln, fühlen, leiden und sich erinnern. Die „unvernünftigen Reaktionen" der Finnen, Serben, Norweger und anderer stören immer wieder das „grosszügige Planen" in wirtschaftlichen und strategischen Räumen.

Jede Nachkriegsplanung, die vom konkreten Menschen absieht, wie er durch seine Bedürfnisse, Interessen, Erfahrungen und seine Geschichte bedingt wird, ist von vornherein suspekt. Sollte sie die Macht haben, den Nachkrieg nach ihrem Bilde zu schaffen, so ist unschwer vorauszusehen, dass dieser Nachkrieg ein latenter Krieg oder neuer Vorkrieg sein wird. Dagegen darf jede Vision, die Realismus und Prinzipien vereinigt, Interesse beanspruchen — und über zwei solche Visionen soll hier berichtet werden. Kann reiner Machtgedanke sich in die Tat umsetzen, so kommt es ohnehin zu keiner Diskussion. Auch solche Ausblicke liegen zwar vor, aber da zur Zeit nicht bekannt ist, wer, beispielsweise im Krisenherd Osteuropa, über die Macht verfügen wird, genügt es, festzustellen, dass

sowohl das Dritte Reich wie die Sowjetunion wie auch England — sofern Mr. Voigt in der „Ninteenth Century Revue" für England sprechen darf — sich in diesem Raum zur Führung berufen glauben. Reine Ideenpolitik anderseits, etwa: alle Staaten demokratisieren sich und bilden zusammen eine friedliche Weltföderation, bleibt steril, sofern sie sich nicht über die realen Kräfte und Interessen Rechenschaft gibt, die für oder gegen solche Ideen wirken.

II

Die Angst vor dem Nachkrieg

Und doch wird mit Recht versucht, den Nachkrieg geistig vorwegzunehmen. Gibt man sich Rechenschaft darüber, dass der Frieden ebenso schrecken kann wie der Krieg? Wilson sagte im September 1918 zu einem Freund: „Ich scheue mich geradezu davor, an das Ende des Krieges zu denken, denn dann wird jede Nation Europas und jede Interessengruppe Amerikas wieder ihre egoistischen Sonderziele in den Vordergrund stellen." Der Krieg schafft eine Zone der geistigen Sicherheit — unter Bomben. Ein Volk sieht seinen Weg vor sich, es fasst seine Kräfte zusammen, es kämpft, es arbeitet, es hat ein Ziel.

> „Solange die Tragödie sie nicht unmittelbar trifft, ist eine enorme Zahl gewöhnlicher, friedlicher Bürger in dieser Zeit des Schreckens und der Prüfung ausserordentlich glücklich. Es gibt jetzt etwas zu tun für sie auf dieser Insel," schreibt die „Times" am 7. Oktober 1940.

Das ist ein Ausgangspunkt, von dem aus Edward Hallett Carr in seinem Buche: „Conditions of Peace", (London 1942) das Problem des Nachkriegs stellt: Der Friede kann nicht nur Nicht-Krieg sein, sondern er muss ebensoviel wirtschaftliche, psychologische, moralische Stimulantien bieten wie der Krieg es heute tut. „Wir können dem Krieg nicht entrinnen, bevor wir nicht ein anderes moralisches Ziel finden, das mächtig genug ist, Aufopferung in einem solchen Ausmass zu schaffen, dass die Welt weiter leben kann." Das alte Wort „On ne détruit que ce qu'on remplace" findet hier unerwartete Anwendung auf die „destruction", auf den Krieg selber.

Es ist dieselbe Frage, die Guglielmo Ferrero in seiner grossartigen Trilogie „Aventure", „Reconstruction", „Pouvoir" zu beantworten unternimmt: Der Krieg ist Produkt und Fortsetzung von Revolutionen, er ist die Projektion innerer Revolutionen nach aussen. Was ist nötig, um die entfesselte, in Terror und Mord verwandelte Furcht zu bannen, um Ordnung zu schaffen? Bewusste Schaffung einer demokratischen Legiti-

mität, antwortet Ferrero. „The fundamental issue is moral," sagt Carr.

Wir haben es hier mit zwei Männern zu tun, die von ganz verschiedenen Voraussetzungen und Kulturen kommen, auf verschiedene Gruppen wirken und unabhängig von einander auf gewisse Grundprinzipien und Erkenntnisse gestossen sind. „Reconstruction" und „Pouvoir"* haben in Amerika sowohl unter republikanischen Intellektuellen wie Walter Lippmann als auch in Kreisen um Roosevelt intensive Auseinandersetzungen angeregt. E. H. Carrs „Conditions of Peace" ist eines der wenigen Werke zu diesem Problem, die in England allgemein beachtet werden. Es sind zwei „Schlüsselwerke"; ihr Einfluss wird nicht sogleich sichtbar wie der einer staatsmännischen Rede oder eines aufsehenerregenden Artikels. Es bestehen aber Anzeichen, dass ihr Einfluss in die Tiefe dringen könnte — um schliesslich ungenannt unzählige Reden und Artikel zu speisen. Wie sehr Bücher auch heute noch auf die Zeit wirken können, haben wir ja Grund zu wissen. —

III

Es führt kein Weg zurück

Carr, der auch ein Werk über Bakunin verfasst hat, ist vom Bewusstsein durchdrungen, dass es auf dem europäischen Kontinent um mehr und um anderes geht, als nur um Störungen des kontinentalen Gleichgewichts und um Machtverschiebungen zwischen den Staaten, wie Engländer leicht zu glauben geneigt sind. Nämlich um eine Reihe revolutionärer Erschütterungen, deren soziale Motive und Ziele es zunächst zu begreifen gilt. Diese verschiedenen Revolutionen — sie mögen einem nun passen oder nicht — lassen sich nicht mehr rückgängig machen. Carrs Schrift ist ein einziger Warnungsruf gegen die Illusion einer „Rückkehr zum Vorkrieg", einer Restauration des Europas, wie es vorher war. Was heisst denn vorher? Vor 1914 oder vor 1938? Restauration von Benesch oder von Habsburg? Wilsons Tragödie sei die Illusion gewesen, dass er ein einziges Prinzip, die Selbstbestimmung der Nationalitäten, aus den grossen Problemkomplexen Europas isoliert und als Allheilmittel aufgefasst habe. „Die nationale Selbstbestimmung, wie sie 1919 angewendet wurde, geriet seither in immer schärferen Konflikt mit den Realitäten der militärischen und ökonomischen Macht." Es ging da-

*) „Pouvoir" ist meines Wissens nur in der Bibliothek des Institut de Hautes Etudes Universitaires in Genf zu finden, der ich für zeitweilige Ueberlassung des Werkes Dank schulde.

mals und es geht heute darum, die modernen Kräfte in eine neue Ordnung zu integrieren, also weder ihnen sklavisch zu folgen noch auch sie zu ignorieren, sondern sie aufzufangen — und zunächst einmal: sie zu kennen.

Die Friedensmacher von Versailles sahen nationale und strategische Probleme. Sie begriffen die neuen ökonomischen und sozialen Fragen nicht, sie lebten noch im 19. Jahrhundert und nicht im 20. Diese Gefahr, dass auch diesmal dem Nachkrieg die Ideen der vorigen Generation aufgezwungen würden, beunruhigt Carr über alles. „Frankreich und Grossbritannien erlitten 1940 militärische Zusammenbrüche, weil sie den vorigen Krieg vorbereitet hatten. Wird man dereinst sagen müssen, dass wir im Nachkrieg versagt haben, weil wir uns wieder nur auf den vorigen Frieden vorbereitet haben?" Eine einfache Restauration, als ob diese Jahre nicht gewesen wären, könnte nur eine Scheinlösung sein, hinter der sich neue Explosionen unvermeidlich vorbereiteten. „Es führt kein Weg zurück", so hätte Carr sein Werk betiteln können. Friede an sich, Sicherheit an sich kann man nicht schaffen. Beides sind hohe Güter, aber sie haben die Eigentümlichkeit, dass sie nur als „Nebenprodukte" einer Politik entstehen können, die sich andere noch höhere Ziele setzt. Um das richtig zu verstehn, muss man sich über das revolutionäre Wesen des gegenwärtigen Krieges klar sein. „Er kann nicht in rein nationalen Formen verstanden und geführt werden", und rein negative Kriegsziele wie die „Ausmerzung des deutschen Militarismus" können nicht genügen. „Die Geschichte zeigt, dass es ein Ding gibt, das der Krieg niemals erreicht, und das ist die Erhaltung oder Wiederherstellung des Vorkriegszustandes." So wenig wie die durch Bomben zerstörten Londoner Slums wieder als Slums aufgebaut werden, genau so wenig kann das zerstörte Europa als das Europa vor 1938 wiedererstehn. Die Stunde einer positiven Politik hat daher geschlagen.

Eine Hauptfrage ist, wieso die Allierten, die den Krieg gewonnen hatten, 1919 den Frieden verlieren konnten. Carr antwortet: Weil die beiden revolutionierten Mächte, Russland und Deutschland, jede auf ihre Weise, die neuen Zeitströmungen verstanden und ausnützten, während Frankreich und England nicht in ihrer Zeit lebten und „die Natur der Kräfte, die hier am Werk waren, gar nicht begriffen". Ferrero schreibt: „Au centre de l'insomnie du monde l'Angleterre s'est endormie."

Carr meint, dass die neue Revolution gegen den Liberalismus, die „laisser faire"-Wirtschaft, die nationale Selbstbestimmung geht. „Der Sturz des Hitlerismus wird das System des 19. Jahrhunderts so wenig wiederherstellen wie Napoleons Sturz den Feudalismus restauriert hat." Jetzt erhebt sich die Frage,

welche Chance der Demokratie überhaupt bleibt, wenn diese drei Grundprinzipien, wie Carr behauptet, abgetan sind.

IV

Demokratie als System von Pflichten

Carr macht den originellen, wenn auch nicht restlos geglückten Versuch, zu zeigen, dass die Demokratie und alles, was wir unter wahrer Freiheit verstehen, sehr wohl überleben kann, wenn sie ihr veraltetes Gewand abstreift — und dass ihr neues Kleid durchaus nicht wie jetzt eine Zwangsjacke sein muss.

Der Zusammenbruch der europäischen Demokratie sei so plötzlich gekommen, weil sie noch gegen einen äusseren Feind front machte, den Militarismus, während schon ein unfassbarer Feind, die neuen wirtschaftlichen Monopolmächte, sie von innen her zerfrass, so dass die Völker, als es die Verteidigung ihrer Rechte galt, gleichgültig blieben. Dies ist Carrs gerade in ihrer Ueberspitzung anregende Formulierung. „Die Massen konnten keine Diagnose ihres Leidens geben, aber sie fühlten seine Symptome." Von der Wirtschaft her wurde die politische Demokratie untergraben und zur Fiktion gemacht. Die „neue Demokratie" muss von drei Grundsätzen ausgehn: Neuauslegung der Gleichheit und Freiheit, Unterordnung der wirtschaftlichen Mächte unter die politischen Rechte und drittens, die neue Demokratie muss nicht nur den Sinn für die gemeinsamen Vorteile, die vom Staat zu erlangen sind, entwikkeln, sondern vor allem den Sinn gemeinsamer Verpflichtungen gegenüber dem Staat, einer gemeinsamen Verantwortung dafür, dass die Demokratie funktioniert. Solange Demokratie nur als System von Rechten und Vorteilen verstanden wird und nicht vor allem mit dem strengen Sinn für Verpflichtung, Verantwortung, Aufgabe, ist alles nutzlos. Hier muss also in Zukunft angesetzt werden, im Bewusstsein, wofür ein Gemeinwesen da ist, und nur von hier aus kann Politik und Wirtschaft sinnreich geordnet werden, anstatt als ziel- und sinnloses selbsttätiges Kräftespiel die Gemeinschaft zu überwuchern und den Begriff der menschlichen Gemeinschaft überhaupt zu zerstören.

Unter der liberalen Demokratie des 19. Jahrhunderts bestand bei einer privilegierten Mittelschicht das Bewusstsein für Dienst, Opfer und Verpflichtungen, die sie als Gegenleistung für ihre bevorzugte Stellung bieten musste.[1]) Durch dieses ethische Be-

[1]) Die historische und nicht rein ökonomische Bedeutung einer liberalen Elite hat W. Rappard in seinen Monographien zur Genfer Geschichte herausgearbeitet (s auch N. S R. April 1942). siehe dazu Guido de Ruggiero Storia del Liberalismo, 2 Aufl. Bari 1941.

wusstsein und nicht „von selbst" konnte jene Demokratie bestehn. „Das Problem des 20. Jahrhunderts ist, wie diese moralischen und geistigen Vorbedingungen auch im Rahmen der Massendemokratie hergestellt werden können." Der „common citizen" muss zunehmend in die Verantwortungen der Politik und vom kleinsten Rahmen aus in die Aufgabenkreise der Gemeinschaft gehoben werden. Er muss die Demokratie als sein eigenstes Anliegen empfinden lernen und sie willig als ein System von Pflichten ertragen und mittragen wollen.

Wie vollzieht Carr die Loslösung der Demokratie von der nationalen Selbstbestimmung? Zunächst: ist Nationalität ein subjektives Gefühl, wonach jeder seine Zugehörigkeit wählen könnte, oder ein objektives nach Rasse, Sprache oder Geschichte feststellbares Merkmal? Schon Lansing bemerkt, dass Wilson diese Frage nicht gestellt hat, denn vor dem Krieg hatte er geschrieben: „Jedes Volk hat das Recht seine Souveränität zu bestimmen, unter der es leben will." Aber zur Zeit der Vierzehn Punkte sucht er nach äusseren Scheidelinien der Nationalitäten. Die angebliche Identität von Nationalitätsprinzip und Selbstbestimmung gilt aber nicht für Osteuropa. Ueber den Rechten einer Politikergruppe, im Namen einer nicht einmal eindeutigen Sprachgemeinschaft einen souveränen, niemandem verantwortlichen Staat zu gründen, stehen die Menschenrechte — und die Wahrung der Menschenrechte fordert, dass es keine nationalen Rechte ohne nationale Pflichten gibt; eine solche Pflicht kann die loyale Zusammenarbeit mit anderen Sprachgemeinschaften in einem gemeinsamen politischen Rahmen sein, zumal wo die nationalen Gruppen untrennbar durcheinander hausen. „Es gibt so wenig ein absolutes Selbstbestimmungsrecht wie es ein absolutes Recht gibt, in der Demokratie zu machen, was man will." Ein „absolutes Recht", dem keine Verpflichtung gegenübersteht, wirkt gemeinschaftszersetzend, und hat denn auch ein politisches Chaos zur Folge gehabt, in dem die Menschenrechte — und nicht nur die der Nationen — untergehen mussten.

Nur scheinbar ist also 1919 die Demokratie zum Durchbruch gelangt. Das Prinzip, dass Sprachgemeinschaft und Staat möglichst zusammenfallen müssen, hat ja nicht nur das „reaktionäre" Oesterreich-Ungarn zersetzt, sondern bedroht letztlich ebenso die Schweiz. Das Nationalitätenprinzip, das die Westmächte für demokratisch hielten, konnte ja vom Dritten Reich gegen die Demokratie ausgespielt werden und bewies damit, wie gut es sich in einen absolut undemokratischen Rahmen fügen kann. „Wenn die Alternative von Chaos und nackter Hegemonie vermieden werden soll, so muss das Recht nationaler Selbstbestimmung in einen neuen Rahmen gemeinsamer

militärischer und wirtschaftlicher Verpflichtungen gestellt werden." Der moderne Mensch kann seinen Horizont und seine Freiheit nur dann erweitern, wenn er in einem System von „divided loyalties" steht, kulturellen, sprachlichen, religiösen, staatlichen Gemeinschaften angehört, die nicht starr zusammenfallen. Mit Bergson zu reden: er muss von der „société close" mit ihren sturen Alternativen — Jude oder Deutscher, Weltbürger oder Patriot u. s. w. — zur „société ouverte" voranschreiten.

V

Mittel und Zwecke

Genau wie mit dem Nationalitätenprinzip verfährt Carr mit der Wirtschaft. Sie sei, wie zur Zeit des Thomas von Aquin, ein moralisches Problem geworden. Die Begriffe des „iustum pretium", des gerechten Lohns, des Lebensstandards, des Gemeinwohls treten in den Vordergrund und ersetzen den Glauben an die selbsttätigen Wirtschaftskräfte, die sich keinem bewussten, von der Gemeinschaft gesetzten Ziel unterwerfen. Und so vollzieht sich die Trennung der Demokratie vom „Laissez-faire". Die Gemeinschaft muss den Mut haben, Ziele zu stellen, die sie für gut erklärt, und die Wirtschaft wird sich ihnen unterordnen, genau so wie sie sich auch minder guten Zielen dienstbar machen liess. Dass die Wirtschaft dienen und nicht herrschen soll, heisst nicht, dass sie in ein starres Schema gepresst werden darf. „Auch Preis- und Profitmechanismen können noch gute Dienste leisten, wenn sie nicht zu herrschen beanspruchen." Nachdem sich im neunzehnten Jahrhundert die Mittel des Gemeinschaftslebens — Wirtschaft und Staat vor allem — verselbständigt haben, müssen heute die grossen Gemeinschaftszwecke in den Vordergrund treten. Dazu muss die Illusion zerstört werden, dass es „Lösungen" gibt und dass „Sachverständige" sie uns servieren werden. „Nicht das Wissen hat versagt, sondern der Wille, nicht die Sachverständigen, sondern die Führer."

Bisher handelte es sich nicht um das, was man gemeinhin Nachkriegspläne nennt, sondern um Schaffung von Grundlagen, um Klärung von Begriffen, also um das, was, wie Chesterton sagen würde, so wichtig ist, dass man es gar nicht beachtet, und so gross, dass man es nicht sieht. Es geht um Verständnis jener Grundideen der Zeit, die so tief liegen, dass wir sie nicht sehen, sondern alles andere durch sie hindurch. Es wird noch gezeigt werden, dass ein so realistischer, gegenwartsbewusster und konstruktiver Geist wie Ferrero in seinen

letzten Jahren ebenfalls um Gewinnung eines Standpunktes, um Festlegung von Prinzipien gerungen hat. Es könnte immerhin sein, dass diese scheinbar abstrakte Annäherung an die Wirklichkeit sich als die konkreteste, ja, als einzig zukunftsträchtige erweist.

Wo Carr den Nachkrieg im einzelnen vorzeichnet, werden seine Ansichten viel diskutabler. Hier müssen kurze Andeutungen genügen. Das Hauptakzent legt Carr, wie das einer englischen Besorgnis und einer schlechten Erfahrung entspricht, auf die Notwendigkeit, dass sich Amerika nach dem Krieg seiner Verbundenheit mit Europa und seiner Pflichten in einer Völkergemeinschaft bewusst bleibe. Carr hätte das Kabel des amerikanischen Schatzamts an Norman Davis vom 7. Mai 1919 anführen können:

> „Es ist vielleicht ein Unglück, aber trotzdem wahr, dass das öffentliche Empfinden in diesem Lande nicht in der Verfassung ist, die Uebernahme weiterer finanzieller Lasten zur Unterstützung Europas durch die Regierung zu dulden."

Es kommt, so meint Carr, nicht einmal so sehr darauf an, auf welche Grundsätze sich Amerika im einzelnen verpflichtet, sondern dass es sich überhaupt einer Verpflichtung bewusst ist und nicht bei blossen Reden von „International good will" stehn bleibt — und auf seinem Schuldschein.

Frieden schliessen sei keinesfalls die erste Sorge des Nachkriegs, das habe Zeit. Der Krieg werde nicht mit einem Schlag enden sondern auseinanderbrechen, und die Schaffung des Friedens ist kein einmaliger Beschluss, sondern ein langwieriger, jahredauernder Prozess, „der an vielen Orten, unter verschiedenen Bedingungen, mit mannigfaltigen Methoden vor sich geht." Grenzziehung ist nicht die erste Sorge — darin gibt sich Carr offensichtlich Illusionen hin — entscheidend ist der Wille, die im Krieg entstandenen Formen interalliierter Zusammenarbeit und Kontrolle im Nachkrieg aufrecht zu halten als Kern, um den sich alles weitere krystallisieren kann, und als eindeutiges Machtzentrum, das eine Zone der Sicherheit schafft und zunächst den vordringlichen Aufgaben des „relief" gewachsen ist. Zwei Dinge tun not: der Mut zur Machtausübung und das gute Gewissen der Macht aus dem Bewusstsein des moralischen Zieles, das sie verfolgt. Dieses Ziel muss darin bestehn, dass innerhalb der notwendigen „mixture of power and consent" die Elemente der Freiwilligkeit, der Zustimmung, der Selbsttätigkeit des „common man" aller Völker entwickelt werden und die nackte Zwangsorganisation zunehmend in den Hintergrund treten kann.

VI

Durchbrechung des „infernalischen Kreises“

Carr will zeigen, dass Wilson im Grund reaktionär war, und dass man nicht auf ihn zurückgreifen kann. Guglielmo Ferrero hat im Mittelstück seiner Trilogie, „Reconstruction”, entwickelt, dass Talleyrand modern, dass er der Mann ist, von dem alle künftigen Friedensmacher lernen sollten. Und doch meinen beide im Grunde ganz dasselbe. Wie rechtfertigt sich diese paradoxe Behauptung?

„Ein Friedensschluss”, so schreibt Ferrero, „ist das schwierigste und widerspruchvollste unter allen Menschenwerken. Es heisst, in eine naturgemäss auf Zwang beruhende Tat soviel Freiheit mischen, in die auferlegten Opfer soviel Vorteile, dass der Vertrag zur moralischen Verpflichtung wird. Aber der Widerspruch ist schwer und, um ihn zu überwinden, dazu gehört vor allem viel Mut.” Auch Ferrero sieht, wie sich in Europa Revolutionen und Kriege in untrennbarer Gemeinsamkeit aneinander ketten. Nur unterscheidet er besser als Carr die beiden Gesichter der Revolution. Sie ist das eine Mal „une nouvelle orientation de l'esprit”, ein Fortschritt, eine Mehrung der Freiheit. Sie ist das andere Mal der Sturz von einer Ordnung in ein Chaos, und dieser Sturz löst unvermeidlich eine allgemeine „grande peur” aus. Wo diese beiden an sich verschiedenen Revolutionen zusammenfallen, da entsteht eine so widerspruchsvolle Epoche wie die napoleonische, die sich dann eben nicht auf einen Nenner bringen lässt. Und die konstruktive Revolution wird durch die zerstörende „aus ihren Bahnen geworfen, gelähmt, wenn nicht vernichtet”. Jene jakobinische oder bolschewistische Mystik, die eine Revolution, weil sie auf eine schlechte Ordnung folgt, auch schon bejubelt, hat alle Begriffe verwirrt. Ferrero lehnt sie scharf ab, und das hat ihm mancherorts einen „reaktionären” Ruf gegeben, der mit seinem Werk und seinen Gedankengängen nicht das geringste gemein hat. Es zeigt sich bei ihm, dass eine revolutionäre Regierung, die unter dem Zusammenbruch alter, morscher Einrichtungen die Macht ergreifen muss, Angst hat — mehr Angst noch als die Beherrschten, und dass sie diese Angst in Terror umsetzt. Ferrero hat unermüdlich dargetan, dass Terror die Herrschaftsform von innerlich Terrorisierten ist, „qui détruisent le monde en croyant le gouverner”.

So zerstöre die Revolution im „cercle infernal” von Terror und Furcht die erste Grundlage der modernen Gemeinschaft: das Recht auf Opposition, in dem Ferrero den Angelpunkt jeder echten Legitimität seit Talleyrand erblickt und den einzig schlüssigen Beweis für die innere Sicherheit und

das Selbstvertrauen der Regenten, seien es nun Monarchen oder Parlamente. Frieden schaffen heisst Ordnung stiften; und Ordnung kann nur Befreiung von Furcht sein. Roosevelt hat ein Jahr später die „freedom from fear" als Friedensziel aufgestellt.

Kann die Gewalt je Ordnung schaffen? „L'ordre imposé par la terreur est un faux ordre en contradiction avec lui même. Il ne peut se maintenir qu'en effrayant de plus en plus les hommes, tandis que le but de l'ordre est de les libérer de la peur." („Reconstruction".) Es gibt wenig packendere Seiten in der Geschichtsschreibung und in der Literatur als Ferreros Darstellung, wie die Alliierten im Endkampf gegen Napoleon von Sieg zu Sieg schreiten, eine prekäre Ordnung auflösen und — keinen Frieden schaffen können, weil sie nicht wissen, auf welcher Grundlage und mit wem. Vor ihnen tut sich ein Chaos auf, sie erwägen den Frieden mit Napoleon. „Jede Usurpation, die stürzte, war ein Land, das ohne Regierung blieb, und eine Last für die Alliierten, die sie mit ihren Gouverneurs Généraux und ihren Departements centraux übernehmen mussten, also mit einem provisorischen militärischen Besetzungsregime. Je mehr sie kämpften, desto unmöglicher wurde der Friede. Die alten Monarchien Europas waren im Krieg gegen einen illegitimen Staat, der sich auf keinen allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz fundierte, sondern nur kraft der Reputation seiner ausserordentlichen Macht hielt. Durch jede Niederlage, die sie ihm zufügten, zerstörten sie diese Reputation seiner Macht und daher seine einzige Stärke. Aber je mehr die Reputation seiner Macht durch Niederlagen kompromittiert war, desto weniger war das Haupt dieses seltsamen Staates gewillt, in einem Vertrag anzuerkennen, dass er geschlagen war. Am Tage, wo er es zugegeben hätte, wäre der Staat verschwunden, zugleich mit der Reputation, von der er lebte. Und der Friede, den er geschlossen hätte, wäre daher vollkommen wertlos geworden. So marschierten die alliierten Armeen ins Leere gegen einen Frieden, der sich entfernte, je mehr sie ihn verfolgten." Nur einen Ausweg gab es: ein legitimes Regime schaffen, das vertragsfähig war, und es innerlich stärken, indem man es mit seinem Volk identifizierte, von vornherein zu den Verhandlungen zuzog und mit ihm einen tragbaren Frieden schloss. Durch Vermischung der alten monarchischen Legitimität mit den Freiheiten der Charte, dem Oppositionsrecht in erster Linie, ist ein solches Regime geschaffen worden: nicht Wiederherstellung des Alten, sondern Konstruktion. Das aber hiess: „briser le cercle infernal de la peur qui provoque les abus de la force et des abus de la force qui exaspèrent la peur". Die

Revolution war in ihrem wesentlichen positiven Teil erhalten, in ihrem zerstörenden Kreis von Terror und Despotismus aufgefangen und in eine Ordnung eingebaut.

VII

Die Schule des Mutes

Vorbedingung war freilich die Solidarität der andern Mächte mit dem von ihnen anerkannten legitimen Regime. In seinem letzten Werk „Pouvoir", New York 1942, hat Ferrero entwickelt, dass heute im Gegensatz zur Zeit der Heiligen Allianz nur Demokratien, monarchische oder republikanische, legitim sein können. Und das Problem ist, ob die Demokratien soviel gegenseitige Solidarität aufbringen können, um ein neues Mitglied als gleichberechtigt aufzunehmen, wie es die Dynastien jener Zeit vermochten. Darin liegt die Frage, ob nach 1919 die junge, im Bewusstsein des eigenen Volkes noch so wenig legitime deutsche Demokratie von den Schwesterdemokratien auch jene moralische Stärkung empfangen hat, an der sie sich hätte aufrichten können, jene Stärkung, die Ludwig XVIII. von den Feinden Napoleons zuteil wurde. Aber auch Ferrero spricht von der „difficulté d'organiser une république dans un pays saturé de traditions monarchiques."

Ueber das Fragwürdige aller historischen Parallelen ist sich dabei Ferrero vollkommen im klaren. Er erzählt von jenem Don Francesco, der um jeden Preis wissen wollte, ob sein Wein der gleiche Falerner sei, den Horaz getrunken und besungen habe. Und Ferrero meint, dass man Herrschaftsformen so wenig vergleichen könne wie gekostete und literarisch bekannte Weine. „Les deux expériences, la réelle et la littéraire, n'ont rien de commun". Dennoch kann man aus der Geschichte lernen und Masstäbe gewinnen. Die Wiederkehr des „cercle infernal" von Furcht und Terror mit ihrer kriegerischen Epopöe und Zerstörung aller Legitimitäten bis aufs Letzte, vor allem des Rechtes auf Opposition, ist offenbar, und mit Recht lesen wir wieder Benjamin Constant. Aber gewöhnt man sich einmal an die Lösungen der Gewalt und an die Durchhauung der gordischen Knoten anstelle der geduldigen Entwirrung, so ist der Weg zurück furchtbar schwer, und wer ihn zu gehn vermag, der ist, nach Ferreros Ueberzeugung, der wahre Held. Talleyrand hatte in einem entscheidenden Augenblick politischen Mut, Napoleon, auf der Höhe seiner Macht, zitterte vor jedem Gazettenschreiber und sagte: „Si je laissais la liberté à la presse, je ne resterais pas trois mois au pouvoir".

Im nachhinein mag die romantische Geschichte einen Napoleonmythus schaffen und Talleyrand zum Verräter stempeln. Doch Ferrero hat die Umwertung zwischen den „aventuriers" und den „reconstructeurs" vollzogen, und, was auch im einzelnen an seinem leidenschaftlichen und mutigen Werk ausgesetzt werden mag, Ferrero hat einen Standpunkt gewonnen, und wer in der Sorge um Nachkrieg und Ordnung um einen Standpunkt ringt, der muss sich mit Ferreros „légitimité" auseinandergesetzt haben. Sonderbar wäre es, wenn die Demokraten den Begriff der Legitimität wegen seines Anklangs an Legitimismus anrüchig fänden. Sollte ihnen so sehr das Bewusstsein abgehn, dass sie selbst die legitimen Mächte der Zukunft sein könnten? In Amerika, wo man so gut wie anderswo auf der Welt weiss, wie sehr Wirtschaft unser Schicksal ist, hat man Ferrero dennoch nicht vorgeworfen, dass er Bücher über unsere Zeit schrieb, in denen das Wort „Wirtschaftskrise" nicht vorkommt. Seine Beschränkung ist gewollt und entwertet seine Erkenntnisse keineswegs. Ferrero steht mitten in den Problemen der Zeit. Er unterscheidet zwischen den „légitimités de parchemin" und den „légitimités vivantes". So wenig wie für Carr ist ihm die Rekonstruktion des Nachkriegs eine Restauration des Vorkriegs. „Une des plus graves erreurs de la paresse humaine est l'opinion qu'on ne conserve l'ordre du monde qu' en le gardant tel qu'il est; on ne le conserve qu'en le reconstruisant continuellement. Les seuls véritables conservateurs sont les reconstructeurs".

Rekonstruktion bedeutet Schaffung einer Macht, die nicht selber zittert. „Sie muss so stark sein, dass sie Opposition ertragen kann, denn sonst wird die allmähliche Krystallisierung der allgemeinen Zustimmung, auf die es ankommt, nicht möglich". Es ist ebenso schwer, eine legitime Demokratie wie eine legitime Monarchie zu schaffen. Zu ihr gehört das Bewusstsein, „dass die Opposition ein ebenso lebenswichtiger Bestandteil der Volkssouveränität ist wie die Regierung."

Ferrero sieht in Europa vor allem das Produkt der französischen Revolution und ihrer politischen Konsequenzen, Carr eher das Produkt des Kapitalismus und seiner wirtschaftlichen Folgen. Beide zusammen fangen jedesfalls ein gutes Stück europäische Wirklichkeit in ihren Begriffen ein. Sie sprechen verschiedene Sprachen und haben ganz andere Voraussetzungen. Und doch gelangen sie, ein jeder auf seinem Weg, zu einer gleichen Erkenntnis: dass ein Nachkrieg und eine Ordnung auf demokratischer Grundlage möglich sind.

(Einige Kapitel des Buches von Carr werden wir in den nächsten Nummern unsern Lesern darbieten. Red.)